

Bundesamt für Justiz
Frau Sandra Eberle
Herr Urs Paul Holenstein
Bundesrain 20
3003 Bern

copiur@bj.admin.ch

Bern, 29. Mai 2017 sgv-KI/ds

Vernehmlassung: Bundesgesetz über anerkannte elektronische Identifizierungseinheiten (E-ID-Gesetz)

Sehr geehrte Frau Eberle
Sehr geehrter Herr Holenstein

Der Schweizerische Gewerbeverband sgv, die Nummer 1 der Schweizer KMU-Wirtschaft, vertritt 250 Verbände und gegen 300'000 Unternehmen. Im Interesse der Schweizer KMU setzt sich der grösste Dachverband der Schweizer Wirtschaft für optimale wirtschaftliche und politische Rahmenbedingungen sowie für ein unternehmensfreundliches Umfeld ein.

Mit Schreiben vom 23. Februar 2017 lädt uns das Eidgenössische Justiz- und Polizeidepartement ein, zum Bundesgesetz über anerkannte elektronische Identifizierungseinheiten (E-ID-Gesetz) Stellung zu nehmen. Der Schweizerische Gewerbeverband sgv dankt für die Möglichkeit zur Stellungnahme.

Die vom Bundesrat vorgeschlagene Lösung zur elektronischen Identifikation einer Person strebt eine Aufgabenteilung zwischen Staat und Markt an. Geeignete private oder öffentliche Identitätsdienstleister werden gemäss bestimmter Kriterien vom Bund zur Ausstellung von staatlich anerkannten E-ID ermächtigt. Mit dem Vorentwurf wird ein Rechts- und Standardisierungsrahmen für die Anerkennung von E-ID-Systemen und die Anerkennung der Identitätsdienstleister geschaffen. Dieser ist so ausgestaltet, dass eine spätere gegenseitige Anerkennung der anerkannten E-ID-Systeme zwischen der Schweiz und der EU oder einzelner Mitgliedstaaten möglich bleibt. Dazu wären entsprechende bilaterale Verträge nötig. Bei der vorgeschlagenen Lösung übernimmt der Bund fünf Aufgaben. Erstens erarbeitet er die Rechtsgrundlagen und bewirkt Transparenz und Sicherheit. Zweitens definiert er einzuhaltende Standards sowie Sicherheits- und Interoperabilitätsanforderungen für den Betrieb eines E-ID-Systems. Drittens betreibt er eine elektronische Schnittstelle, über welche anerkannte Identitätsdienstleister staatlich geführte Personenidentifizierungsdaten beziehen können. Viertens anerkennt er Identitätsdienstleister und ihre E-ID-Systeme und fünftens beaufsichtigt er diese.

Der Schweizerische Gewerbeverband sgv unterstützt die Vorlage. Ihr liegt ein marktwirtschaftlicher Ansatz zugrunde. Die am Markt beste Lösung soll sich durchsetzen. Sollte der Bund eine zentrale, staatliche Lösung anstreben, verursacht dies nicht nur hohe Kosten, sondern es besteht die Gefahr, dass nicht der neuste Stand der Technik angewendet wird. Würde zudem durch den Staat eine einzige digitale ID

eingeführt, ist das Potenzial einer umfassenden Überwachung gross. Bei der vorgeschlagenen Lösung gibt der Bund lediglich die Leitplanken vor, überlässt das Vertriebsmodell aber dem Markt.

Bereits haben die Post und die SBB mit der SwissID eine elektronische ID lanciert. Ab Herbst 2017 sollen die Postkundinnen und Postkunden und ab 2018 alle Besitzerinnen und Besitzer des «SwissPass» eine ID erhalten. Swisscom, UBS und CS möchten ebenfalls eine elektronische ID lancieren.

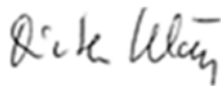
Wir danken für die Berücksichtigung unserer Stellungnahme.

Freundliche Grüsse

Schweizerischer Gewerbeverband sgv



Hans-Ulrich Bigler
Direktor, Nationalrat



Dieter Kläy
Ressortleiter